

Dezember 2025

An das

Bundesministerium für Gesundheit  
Friedrichstraße 108  
10117 Berlin

**Betreff: Ersuchen um bundespolitische Intervention und Einrichtung eines Sondervermögens zur Sicherung der zahnärztlichen und tierärztlichen Altersversorgung in Berlin, Brandenburg und Bremen**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Warken,

die jüngsten Entwicklungen im Versorgungswerk der Zahnärztekammer Berlin – mit unmittelbarer Relevanz für die Länder Berlin, Brandenburg und Bremen – haben eine finanzielle Schieflage offenbart, deren Dimensionen an einen Systemkollaps erinnern.

Nach aktuellem Kenntnisstand steht ein Verlust in Milliardenhöhe im Raum. Sollte sich dieser Verdacht bestätigen, ist klar: Ein Versorgungswerk als Körperschaft des öffentlichen Rechts kann nicht insolvent gehen. Es muss fortgeführt werden. Dazu bedarf es zwingend staatlicher Unterstützung auf höchster Ebene.

Das Land Berlin trägt als Aufsichtsbehörde eine Verantwortung, die angesichts der problematischen Vorgänge und der strukturellen Überforderung des Landes kaum mehr allein wahrgenommen werden kann. Die Tragweite dieses Skandals überschreitet die Grenzen eines einzelnen Bundeslandes bei weitem.

Es geht hier nicht nur um die Altersversorgung tausender Zahnärztinnen und Zahnärzte, sondern um die Funktionsfähigkeit der zahnärztlichen Versorgung in drei Bundesländern.

Ohne eine gesicherte Perspektive drohen massive Abwanderungsbewegungen insbesondere junger Zahnärztinnen und Zahnärzte. Damit stünde die Sicherstellung der ambulanten Versorgung ernsthaft in Frage. Diese Sicherstellung ist jedoch ein klar definierter staatlicher Auftrag. Ein totaler Zusammenbruch des Altersvorsorgesystems wäre auch die Folge.

Aus diesem Grund ersuche ich das Bundesministerium für Gesundheit eindringlich,

1. diesen Vorgang als bundesrelevanten Systemfall zu bewerten,
2. die Vorgänge im Versorgungswerk Berlin zu prüfen und zu beaufsichtigen

Bitte übernehmen Sie die Aufsicht!!!

3. und ein Sondervermögen des Bundes zu schaffen, um den eingetretenen finanziellen Schaden auszugleichen und die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen dauerhaft sicherzustellen.

Es handelt sich nicht um eine Partikularintervention für eine Berufsgruppe, sondern um die Wahrnehmung staatlicher Schutzpflichten.

Wenn ein berufsständisches Versorgungswerk durch Fehlentscheidungen oder strukturelle Defizite der Aufsicht bedroht wird, trifft dies letztlich die gesamte Gesellschaft – denn ohne Zahnärztinnen und Zahnärzte gibt es keine funktionierende Versorgung.

Die derzeitigen Entwicklungen haben das Vertrauen der Betroffenen erschüttert und offenbaren strukturelle Abgründe, die einen sofortigen Eingriff erforderlich machen. Da das Land Berlin der Herausforderung nicht gewachsen ist, muss der Bund im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung eingreifen.

Wir bitten das Bundesministerium daher, zeitnah Verantwortung zu übernehmen und eine bundespolitische Lösung auf den Weg zu bringen.

*WEU. WirEngagierenUns*